

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ursula Schönberger, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn),  
Michaele Hustedt, Oswald Metzger, Kristin Heyne, Simone Probst, Halo Saibold,  
Christine Scheel, Werner Schulz (Berlin), Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Keine Hermes-Bürgschaften für den Weiterbau des AKW Mochovce**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die beantragten Hermes-Bürgschaften für den Weiterbau des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce nicht zu gewähren.

Bonn, den 25. Juni 1996

**Ursula Schönberger**  
**Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)**  
**Michaele Hustedt**  
**Oswald Metzger**  
**Kristin Heyne**  
**Simone Probst**  
**Halo Saibold**  
**Christine Scheel**  
**Werner Schulz (Berlin)**  
**Helmut Wilhelm (Amberg)**  
**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

### **Begründung**

Siemens will für die Fertigstellung des AKW Mochovce Leittechnik für 153 Mio. DM liefern. Die Verträge dazu wurden im April 1996 unterschrieben. Finanziert wird dieser Siemens-Auftrag von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die für ihren Kredit den Abschluß einer Hermes-Bürgschaft zur Bedingung macht.

In den Richtlinien für die Übernahme von Ausführungsgewährleistungen ist festgeschrieben, daß ein Ausführungsgeschäft insbesondere nicht als förderungswürdig gilt, wenn seiner Durchführung wichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen.

Dies ist beim Weiterbau des AKW Mochovce der Fall:

In Mochovce wird das Experiment versucht, einen zu 80 % fertiggestellten Reaktor russischer Bauart mit westlicher Leittechnik auszurüsten. Ein nach identischen Plänen in Greifswald errichteter Reaktor wurde deshalb nicht vollendet, weil dieser Reaktor unter westdeutschen Sicherheitsanforderungen nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Es kann nicht in deutschem Interesse sein, das für Deutschland nicht Verantwortbare einige wenige hundert Kilometer weiter im Osten doch zu realisieren. Die Katastrophe von Tschernobyl hat gezeigt, daß die Folgen eines schweren Reaktorunfalls, selbst bei wesentlich weiteren Entfernungen, negative Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland hat.

Weiterhin kann es nicht in deutschem Interesse sein, mit der Förderung des Fertigbaus von Mochovce eklatant gegen die formulierten Interessen eines EU-Partners zu verstoßen. Das EU-Mitglied Österreich, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum AKW Mochovce befindet, kämpft seit vielen Monaten vehement gegen die Fertigstellung des Atomkraftwerkes. Österreich selbst hat der Slowakei angeboten, finanzielle Unterstützung teilweise als nicht rückzahlbaren Zuschuß, teilweise als günstige Kreditfinanzierung für die Errichtung von GuD-Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung zu leisten. Wenn die Bundesregierung sich auf den Standpunkt stellt, sie könne sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Slowakischen Republik einmischen, die souverän wären, den nuklearen Pfad weiter zu beschreiten, so mischt sie sich gleichzeitig in die Angelegenheiten Österreichs ein, das als Nachbarstaat der Slowakei ein vitales Interesse hat, nicht den Gefahren durch Mochovce ausgesetzt zu sein.

Und drittens kann es auch nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein, eine Bürgschaft für ein derart gewagtes Geschäft zu übernehmen. Neben dem Auftrag für die Fertigstellung von Mochovce hat Siemens gleichzeitig einen Auftrag für den Bau eines 200-MW-Gaskraftwerkes „Bratislava 2“ erhalten. Diese Planungen basieren auf völlig überhöhten Stromverbrauchsprognosen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, daß die slowakischen Energiebetriebe (SE) 200 Mio. US-\$ Schulden haben.

Somit ist die Frage der Rückzahlung der Kredite und Bürgschaften schon jetzt absehbar sehr unwahrscheinlich.